

# Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft 22 / 2015

## GRENZÜBERSCHREITUNGEN

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2014
- MUSICA PRO PACE 2014
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der  
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der  
Universität Osnabrück

V&R unipress

*Wissenschaftlicher Rat der Osnabrücker Friedensgespräche 2014-2015*

Prof. Dr. Martina Blasberg-Kuhnke, Kath. Theologie, Universität Osnabrück (Vorsitz)  
Prof. Dr. Karin Busch, Biologie, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Roland Czada, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück (Stellv. Vorsitz)  
Hans-Jürgen Fip, Oberbürgermeister a.D. (Ehrenmitglied)  
Prof. i.R. Dr. Wulf Gaertner, Volkswirtschaftslehre, Universität Osnabrück  
apl. Prof. Dr. Stefan Hanheide, Musikwissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Christoph König, Germanistik, Universität Osnabrück  
Prof. i.R. Dr. Reinhold Mokrosch, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Arnulf von Scheliha, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. em. Dr. György Széll, Soziologie, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Bülent Ucar, Islamische Religionspädagogik, Universität Osnabrück  
Prof. i.R. Dr. Albrecht Weber, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Siegrid Westphal, Geschichtswissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. i.R. Dr. Tilman Westphalen, Anglistik, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Rolf Wortmann, Politikwiss. und Public Management, Hochschule Osnabrück  
Dr. Henning Buck (Geschäftsführung)

*Verantwortlicher Redakteur:* Dr. Henning Buck

*Redaktionelle Mitarbeit:* Joachim Herrmann, Dr. Michael Pittwald, Jutta Tiemeyer

*Einbandgestaltung:* Bruno Rothe / Tefvik Göktepe

*Wir danken für freundliche Unterstützung der Osnabrücker Friedensgespräche 2014-2015*

- der Stadtwerke Osnabrück AG
- der Sievert-Stiftung für Wissenschaft und Kultur
- dem Förderkreis Osnabrücker Friedensgespräche e.V.

*Redaktionsanschrift:* Geschäftsstelle der Osnabrücker Friedensgespräche  
Universität Osnabrück, Neuer Graben 19 / 21, D-49069 Osnabrück  
Tel.: + 49 (0) 541 969 4668, Fax: + 49 (0) 541 969 14668  
Email: ofg@uni-osnabrueck.de – Internet: [www.friedensgespraeche.de](http://www.friedensgespraeche.de)

Die Deutsche Nationalbibliothek – Bibliografische Information: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.  
1. Aufl. 2015

© 2015 Göttingen, V&R unipress GmbH, Robert-Bosch-Breite 6, 37079 Göttingen,  
mit Universitätsverlag Osnabrück / <http://www.v-r.de/>. Alle Rechte vorbehalten.  
Printed in Germany: Hubert & Co., Robert-Bosch-Breite 6, 37079 Göttingen.  
Gedruckt auf säurefreiem, total chlorfrei gebleichtem Werkdruckpapier; alterungsbeständig.

ISBN: 978-3-8471-0517-6  
ISSN: 0948-194-X

## Inhalt

Vorwort der Herausgeber . . . . .	7
Editorial . . . . .	9

### I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2014

<i>Soldat sein, heute. Einstellungen, Motivation und Selbstverständnis bei der Bundeswehr</i> Mit Dirk Kurbjuweit, Angelika Dörfler-Dierken, Hellmut Königshaus . . . . .	15
<i>Musiktheater als politische Bühne?</i> Mit Udo Bermbach, Lothar Zagrosek, Klaus Zehelein . . . . .	41
<i>Die Türkei zwischen Europäischer Union und Mittlerem Osten</i> Mit Mehmet Günay, Christiane Schlötzer, Hüseyin Bağcı . . . . .	63
Angelo Bolaffi, Rom <i>Europa sieht Deutschland: Nach dem großen Wandel – Europas Zukunft und deutsche Aufgaben</i> . . . . .	85
<i>Die Toleranzfähigkeit der Religionen</i> Mit Jan Assmann und Margot Käßmann . . . . .	99
<i>Persönliche Freiheit und Sicherheit im Internet</i> Mit Markus Löning, Katharina Morik, Volker Lüdemann . . . . .	123

### II. MUSICA PRO PACE – KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2014

Stefan Hanheide, Osnabrück <i>Krzysztof Penderecki: Threnos. Den Opfern von Hiroshima – Gustav Mahler: Sinfonie Nr. 9</i> <i>Einführung in das musica pro pace-Konzert 2014</i> . . . . .	149
---	-----

### III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Otto Kallscheuer, Duisburg <i>Gibt es eine neue Aktualität der Religion in der Weltpolitik?</i> . . . . .	161
Michael Daxner, Berlin <i>Afghanistan – vor dem Vergessen, nach dem Krieg</i> . . . . .	195
Boris Pistorius, Hannover/Osnabrück <i>Religionsgemeinschaften zwischen Religionsfreiheit und Verfassungstreue</i> . . . . .	209

### IV. ANHANG

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren . . . . .	215
Abbildungsnachweis . . . . .	221

*Michael Daxner, Berlin*

## **Afghanistan – vor dem Vergessen, nach dem Krieg**

Der Titel dieses Beitrags ist eine Selbstprovokation. Seit 2003 forsche und berate ich in Afghanistan, vorher war ich aktiv an der UNMIK Mission im Kosovo beteiligt. Ich bin Konfliktsoziologe und behaupte, dass Frieden nur das Ergebnis erfolgreicher Konfliktregulierung sein kann. Ich habe zum Kosovo und vor allem zu Afghanistan ausführlich und oft kontrovers gearbeitet. Heute, 2015, meine ich, einigermaßen Bescheid zu wissen über eine für die Bundesrepublik grundsätzliche Zäsur in der Nachkriegspolitik nach 1945 und über ein Land, von dem wir noch nicht wissen, was wir dort verloren haben. Ein paar einleitende Widersprüche:

- Ohne ›9/11‹ hätte es keine westliche Koalition ›gegen den Terrorismus‹ (*Operation Enduring Freedom, OEF*) und kein Mandat zur militärischen Intervention (*International Security Assistance Force, ISAF*) in Afghanistan gegeben.
- Ohne die sowjetische Intervention von 1978 bis 1988, ohne die Herrschaft der Mudschahedin danach, ohne die Machtübernahme durch die *Talebans* 1995 und die westliche Reaktion darauf, ohne deren Niederlage mit westlicher Hilfe durch die Nordallianz, ohne die Ermordung von *Abmed Shah Massoud* am 9. September 2001, hätte es vielleicht kein ›9/11‹ gegeben.
- Ohne die Solidarität mit den USA nach ›9/11‹ und ohne die Bündnistreue in der NATO hätte es keine Beteiligung Deutschlands an der militärischen Intervention gegeben; zusätzlich war diese motiviert durch die deutsche Nichtteilnahme am Krieg der USA gegen den Irak, durch die glaubwürdige Interpretation der Schutzverantwortung für zerbrechende Staaten und durch den weniger glaubwürdigen Krieg gegen den Terrorismus.

Zu jedem Zeitpunkt seit der Abdankung der Monarchie und der Errichtung der Republik hätte es für eine *global abgestimmte* Außenpolitik Afghanistans viele Möglichkeiten gegeben, zur friedlichen Konsolidierung des Landes beizutragen. An der afghanischen Realität können wir die Endphase des Kalten Krieges, die Macht und Ohnmacht der Vereinten

Nationen, die Umbrüche nach 1989 und die unsichere Rolle Deutschlands in der neuen globalen Innenpolitik studieren und kritisieren. Es reicht nicht, die Intervention von 2001 grundsätzlich zu verurteilen oder mit Einschränkungen gutzuheißen. An Afghanistan zeigen sich sowohl die argumentative Schwäche der Friedensbewegung als auch die Engführung außenpolitischer und weltpolitischer Diskurse.

2014 zog die *International Security Assistance Force (ISAF)* mit ihren Kampftruppen weitgehend ab. Die Nachfolgemission *Resolute Support (RSM)* hat noch kein Profil in Ausbildung und Unterstützung der nunmehr selbstständigeren afghanischen Sicherheitskräfte (Armee, Polizei, Lokale Polizei, Geheimdienst) entwickelt. Seit einem Jahr ist die hohe Zeit der Bilanzen und der äußerst fragilen Prognosen für die Zukunft des Landes. Wieder einige widersprüchliche Setzungen:

- War es ›Krieg‹? Und wenn ja, gegen welchen Feind? Die USA bezeichnen den Einsatz als den längsten Krieg ihrer Geschichte, länger als die Weltkriege I und II zusammen. In Deutschland setzte sich die Erkenntnis, dass wir im Krieg sind, erst allmählich durch.
- Waren der internationale Einsatz und die deutsche Beteiligung daran erfolgreich – sowohl militärisch als auch im zivilen Aufbau des Landes und der Herstellung funktionaler Staatlichkeit?
- Für die Analyse des Geschehens sind zwei Fragen besonders unabweisbar: Warum wurde von den Intervenierenden die *Golden Hour* – der Zeitraum aktivster Friedenshoffnung der afghanischen Bevölkerung – von 2001 bis 2005 nicht genutzt? Und: Inwieweit hängt der Umbau der Bundeswehr zu einer Interventionsarmee mit einer »realistischen Wende« der Wahrnehmung des Afghanistaneinsatzes zusammen?

An diesen Fragen will ich mich entlangbewegen. Gegenwärtig, zur Mitte 2015, ist der deutsche Bilanzierungsfuror (Daxner 2013; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2014; Glatz / Tophoven 2015; Hansen 2015) deutlich abgeklungen; ob es sich beim Einsatz um Erfolg, Scheitern, Fortschritt oder eine bellizistische Wende der deutschen Politik handelt, ist hierzulande nach wie vor umstritten. Sicher allerdings ist, dass das Thema für die Politik, Regierung wie Parlament, keine Priorität mehr hat, ›nach hinten gerückt ist‹, und dass die Präzisierung im kollektiven Gedächtnis stagniert. Was vom afghanischen Einsatz ins kulturelle Gedächtnis unseres Landes und Europas eingeschrieben wird, ist sehr ungewiss. Das ist in den USA anders, dort sind noch sehr detailreiche Informationen über den Zustand des Landes an der Tagesordnung. Der ›vergessene Krieg‹ – klingt das wieder nach typisch deutscher Verdrängung? Das ist keine triviale Frage. Ebenso gewiss ist, dass sich die Sicherheitslage nach dem Abzug von

ISAF in weiten Teilen des Landes verschlechtert hat und dass erzielte, unangezweifelte Fortschritte in manchen Bereichen wiederum gefährdet sind, ohne dass eine Stabilisierung der Gesellschaft und eine Konsolidierung von Staatlichkeit nachhaltig erschiene.

\*

Die Konfliktforschung bewegt sich innerhalb weniger, ansatzübergreifender Paradigmen: zum einen kann man vieles über die Entstehung eines Konflikts wissen, doch lässt sich daraus kein Rezept für seine Regulierung kausal ableiten. Zweitens gehen gewalttätige, kriegerische Konflikte irgendwann zu Ende, auch wenn ihre Ursachen weiterbestehen, oft über die Vernichtung einer Kriegspartei hinaus. Und drittens bleibt die Frage immer offen, nach welcher Systemlogik der Konflikt reguliert werden soll.

Ich arbeite mich für Afghanistan an diesen drei Prinzipien ab. Die Entstehung des Konflikts kann bis weit ins 19. Jahrhundert verfolgt werden (Schetter 2004; Barfield 2012; Ruttig 2013); man kann aber auch einen Anfang in der Modernisierungsphase unter *Amanullah Khan*, der von 1919 bis 1929 regierte, oder in der nachfolgenden Tyrannei sehen; oder aber in der erneuten Großmachtumgebung des Zweiten Weltkriegs oder in den Interventionen durch den Kalten Krieg, im Sturz der Monarchie, im Ungenügen an der Republik, in den sozialen Konflikten. Jeder dieser Zeiträume erlaubt andere Legitimationsstrategien für Aufstände, Gefolgschaft, Widerstand, Aufruhr und Koalitionen, für Verrat und Loyalität.

Afghanistan war nie ein souveräner Staat im Sinne moderner Nationalstaaten, aber es hat einige Anstrengungen unternommen, ein solcher zu werden (kemalistisches, deutsches, französisches Vorbild unter Amanullah); es war seit dem frühen 19. Jahrhundert ein Land unter unterschiedlich starkem ausländischen Einfluss, vor allem britischem und russischem, viele Jahrzehnte bestimmten die Widersprüche der *indirect rule* seinen inneren Zustand. Es war ein Land, das äußere Feinde, vor allem immer wieder die Briten, militärisch abzuwehren wusste.

»Mit dreizehntausend der Zug begann, Einer kam heim aus Afghanistan«, mit diesen Versen endet das Gedicht *Das Trauerspiel von Afghanistan* von *Theodor Fontane* über den verheerenden Krieg der Briten von 1842 bis 1849. Und bis heute kann und darf das Land keine selbstständige Außenpolitik machen. Mögliche Konfliktregulierung: man gebe dem Staat auf diesem Gebiet Souveränität? Ja, aber man gibt sie ihm nicht, es muss sie sich nehmen, aber wie?

Eine schmale städtische Elite und relativ autonome Stammes- und Lokalanführer, in tradierten Patronage-Netzwerken in einem labilen Gleichgewicht verbunden, verlieren allmählich ihre Bindungsenergie: Modernisie-

rung setzt punktuell ein, vor allem über Bildung und Kommunikation, Information aus dem Ausland, aber auch die aus Saudi-Arabien geförderte wahhabitische Mission und eine linke Politisierung im Zuge städtischer Klassen- und Schichtenbildung. Das Land wird zu einem Objekt stellvertretender Einflussnahmen im Kalten Krieg. Fronten bilden sich heraus und erweisen sich als nachhaltig. Es beginnt eine Spirale von Gewalt und Gegengewalt. Mögliche Konfliktregulierung: Analyse und Egalisierung dieser Antagonisten, Stichworte wären ›politischer Verhandlungsraum‹ und ›mehr soziale Gerechtigkeit‹. Aber wie die alten Machthaber der Patronage davon überzeugen, dass ein Elitenwechsel unvermeidlich ist?

Das sind zwei von vielen unvereinbaren Frageblöcken.

Was wir heute wissen, ist, dass die alten Konflikte, die letztlich zum grausamen und langen Bürgerkrieg nach der Ermordung *Najibullahs* geführt haben, uns heute bei der Suche nach friedlicher Regulierung ganz sicher wenig helfen. Der Sieg der Nordallianz 2001, die Ermordung ihres militärischen Führers Ahmed Shah Massoud, ›9/11‹ und die offenkundige Beziehung zwischen *Osama bin Laden* und der *Al-Kaida* mit Afghanistan ließen die Entscheidung zur Intervention ebenso legitim wie pragmatisch erscheinen: Afghanistan sollte nie wieder Zufluchtsort für Al-Kaida sein können, und das Land musste wieder ein Staat werden, mit dem verhandelt und gehandelt werden kann. Das erste Ziel war offenkundig schon mit dem Sieg der Nordallianz teilweise erreicht, und das zweite hatte mit dem ersten nur wenig zu tun (vgl. dazu wegweisend Rashid 2008). Zumal ja der ›Krieg gegen den Terror‹ alles andere als ein konkretes Kriegsziel wurde – aber eines, das den Aufbau von Staat und Gesellschaft eher erschweren als befördern sollte. Die Konflikte kennen wir bis weit in die Vergangenheit zurück; die Interventionen von 2001 lassen sich teilweise rechtfertigen, aber weniger aus diesen Konflikten heraus als aus Gründen der Sicherheitsverantwortung (*Responsibility to Protect, R2P*), aus humanitären Gründen (ein sehr armes Land ohne jede Hoffnung, sich selbst tragfähige staatliche Strukturen und eine Renovierung der Gesellschaft zu verordnen und über dreißig Jahre Krieg und Gewalttrauma hinwegzukommen) und aus sicherheitspolitischen Gründen, die bis heute widersprüchlich sind und voluntaristisch variiert werden.

Jetzt waren ›wir‹ dort. Wir, d.h. zunächst die Koalition der USA, mit starken Revanchemotiven und keiner klaren Linie zur Staatbildung in Afghanistan, danach ein breiteres Wir, inklusive Deutschland, aus Bündnisverpflichtung gegenüber den USA, aus dem Willen, dort beim Staatsaufbau zu helfen, und aus einem Motiv, das für einige Zeit zum Allgemeinplatz wurde: »Unsere Sicherheit wird nicht nur, aber auch am



Hindukusch verteidigt«, wie der damalige Bundesverteidigungsminister *Peter Struck* 2004 erklärte.

An diesem Satz kann ich meine These gut erläutern: Struck meinte, dass man die Terroristen – die es unzweifelhaft gab – daran hindern könnte, nach Europa zu kommen, wenn man sie dort, wo sie ihre Logistik haben, »am Hindukusch«, bekämpfen, einhegen oder schwächen könnte. An sich nicht unplausibel, nur haben diese Terroristen mit den geschilderten afghanischen Konflikten fast nichts zu tun und konnten sich jederzeit ein anderes Land aussuchen, Pakistan in der Nähe – dort haben wir keine Truppen – oder Jemen, Nigeria und den Balkan. Wir – Deutschland – haben uns aus unterschiedlichen Motiven und Rechtfertigungen in einen Zielkonflikt begeben, den wir bestenfalls bruchstückhaft bestehen konnten: den ›Krieg gegen den Terror‹ wollten wir so nie mitmachen und haben zugunsten der USA einen Teil möglicher Souveränitätsausweitung versäumt; den Wiederaufbau des Landes sollten wir aus guten Gründen wollen – erinnern wir uns: Frauenrechte, Minderheitenrechte, bürgerliche Freiheiten, und eben: Wiederaufbau – und wollten dies auch militärisch befestigen, indem ISAF dem afghanischen Sicherheitssystem auf die Sprünge half. Als Sekundäreffekt sollte die Bundeswehr ihre mögliche Tauglichkeit als Interventionsarmee testen, was sie allerdings erst im Lauf der Jahre nach 2005 begriff. Die Legitimation der Intervention war in der Bevölkerung relativ stark und breit getragen, die oben genannten Gründe, insbesondere der Aufbau mit Hilfe der deutschen ›Staatsbürger in Uniform‹, waren akzeptiert. Über all das kann man kritisch reden, und auch über die Fehler, die schon damals gemacht wurden – aber es hat mit den meisten Konflikten in Afghanistan und Zentralasien wenig zu tun.

Das zweite Prinzip ist leichter zu vermitteln: Kriege gehen immer auch zu Ende, durch den Sieg der einen Seite, durch die Niederlage einer anderen, durch Waffenstillstand und Verhandlungen, durch Erschöpfung... In Afghanistan herrschten über dreißig Jahre lang verheerende Gewalt, Bürgerkriege, Besetzungen, Flucht und Vertreibung – über 8 Millionen Menschen waren zu irgendeinem Zeitpunkt nach 1976 auf der Flucht, im Land oder jenseits der Grenzen. Es gab so etwas wie eine ›Stunde Null‹ für Afghanistan (Rashid 2010): die Taleban waren geschlagen und vertrieben, ›9/11‹ mit einer dezidierten Feindeserklärung durch die USA an die »Gastgeber« von Osama bin Laden beantwortet, und die Ermordung von Masoud war passiert. Da musste ja etwas geschehen, um die Schockstarre des abrupten Endes der alten Konstellationen zu bewältigen. Wie auch immer die Bonner Afghanistan-Konferenz im Dezember 2001 zustande gekommen ist, sie ist der Beginn der afghanischen Nachkriegszeit, und man hätte die Intervention viel stärker unter dieser strukturellen Prämisse sehen

müssen. Nachkrieg hat seine eigenen Formen und Regeln. Der große Fehler von Bonn war, neben der merkwürdigen Einladungs politik gegenüber verschiedenen Akteuren bzw. ihrer Nichteinbeziehung, dass man sofort den Plan für einen *Staatsaufbau* vorlegte, ohne die afghanische *Gesellschaft* auch nur in die Lage zu versetzen, sich zu fragen, wie sie denn in Zukunft leben wollte, und aus der Antwort etwas zu ihrem künftigen Staat zu sagen. Ich weiß, dass dieses Argument der Denkweise internationaler Politikprofis widerspricht, aber dann müssen die sich fragen lassen, warum man nicht das Land *de facto* besetzt hat und analog zu den Alliierten von 1945 einen Wiederaufbau, innere und äußere Stabilität und Demokratie usw. hergestellt und zu gegebener Zeit den Afghanen wieder übergeben hatte. Dies ist natürlich ein rückwärts gewandtes Gedankenexperiment. Wie es wirklich gekommen ist, wissen wir: als Vorspiel des Kriegs gegen den Irak wurde eine Regierung legitimiert, die auch und vor allem die Jagd auf bin Laden unterstützen sollte, zugleich ihr Machtmonopol als vertikale Achse von Staatlichkeit befestigen musste und allmählich beginnen konnte, darauf zu achten, ob und welche Impulse aus der Gesellschaft kamen. Hätte das gutgehen können? Vielleicht, wenn der Westen, wenn wir, die Intervenierenden, nicht die *Golden Hour* (Fachbegriff für die befreiungs-euphorische, unmittelbare Nachkriegsphase von 2001 bis 2005) schlichtweg verpasst hätten. Nichts Relevantes ist für das Land geschehen, bevor nicht die Rückkehr der Taleban und anderer Aufständischer den Primat von Sicherheit (*Securitization*)<sup>1</sup> erzwungen und damit einen wirklichen Krieg angeschoben hätte.

Damit bin ich bei der dritten Frage: wie kann man die Konflikte im Land so regulieren, dass daraus nachhaltiger Frieden und ein funktionierender Staat werden können? An der Antwort arbeiten Politiker, Berater, Wissenschaftler, Medien, Konfliktbeteiligte, Nutznießer von Gewalt und Gewalthändler, humanitäre Organisationen und viele andere seit Jahren. Das Ergebnis ist nun kein Scheitern, kein wirklicher Erfolg, sondern etwas Amorphes, schwer in Dauerhaftigkeit und Struktur zu Beschreibendes.

Der afghanische Staat ist heute *fragil* – d.h. seine Institutionen sind schwach, von vielen zufälligen Ereignissen abhängig, hauptsächlich von ausländischem Geld (als ein Rentierstaat) und abhängig auch bei allen Anstrengungen jenseits der Form, die tragfähig durch starke Unterstützung der Bevölkerung sein könnte, um das Gewaltmonopol herzustellen und zu verteidigen und um eine öffentliche Sphäre für politische Teilhabe zu gewährleisten.<sup>2</sup>

Die afghanische Gesellschaft ist unbestreitbar auf dem Weg zu sich selbst, weiß aber wenig über sich und die Instrumente, mit denen solches

Wissen angeeignet werden könnte. Sie ist weiterhin fragmentiert nach ethnischen, religiösen und vor allem sozialen Unverträglichkeiten.

Das Gegenteil zu behaupten, wäre frivol oder zynisch. – Aber meine Darstellung bedarf der Korrektur; ich könnte auch so beginnen:

Krieg und Nachkrieg haben dem Land unumkehrbare, wenn auch asymmetrische Modernisierungsgewinne gebracht: Massenkommunikation, etliche bürgerliche Freiheiten, Wettbewerb in Lebensstilen, das Herausbilden einer Klassenstruktur sind wahrnehmbar, formen die Gesellschaft um. Der gesellschaftliche Wandel, die Grundlage aller politischen Ökonomie, hat eine Dynamik hervorgebracht, die Interessen und Gruppenbildungen erkennen lassen, die immer weniger von alten Werten und Praktiken bestimmt werden. Die Menschen erwarten mehr vom Staat, als sie ihm oder seinen Organen jetzt zutrauen. Viele streben keine Demokratie (mehr) an, weil sie durch die Wahlvorgänge enttäuscht wurden, aber sie wollen Partizipation und nachvollziehbare Politik mitgestalten. Es gibt typische Nachkriegserscheinungen, Differenzierung von Stadt und Land, Einkommens- und Wohlstandsgefälle, vielfaches Auftreten von Korruption und Illegalität wegen der schwachen Staatlichkeit und zugleich als Bedingung für ihr Überleben. Das Land zerfällt nicht, die Sicherheitsorgane haben einiges dazu gewonnen im Kampf gegen die Aufständischen; viele Projekte, die die Intervenierenden, wir, angestoßen und bezahlt haben, zeigen auch Wirkung.

Beide Vorstellungen sind richtig, müssen ergänzt und detailliert werden. Dazu gibt es eine Menge guter, kritischer Analysen, auch heftige Kontroversen. Ich erspare den Leser\*innen eine Rezension der wichtigsten Standpunkte, sie müsste zu knapp und oberflächlich ausfallen. Ich will mich dem Problem des Erinnerns und Vergessens von Afghanistan aus heutiger deutscher Perspektive anders stellen:

- Ich habe den Eindruck, Teile des deutschen Engagements finden noch immer in einem imaginären, einem erfundenen Land statt (vgl. Daxner 2010);
- Deutschland ist aufgrund seiner Abhängigkeit von den USA nicht in der Lage, seine Interessen an und in Afghanistan stringent zu erklären; das ist umso bedauerlicher, als viele Politiker aus fast allen Parteien dem Zweck des Engagements zustimmen würden, wenn der denn hieße: Die Freiheit und Sicherheit der *Afghanen* wird am Hindukusch stabilisiert.

Die Vorstellung von Afghanistan ist sehr viel komplizierter und gebrochener, als es den Anschein hat. Nicht nur gab es vielfältige kulturelle Beziehungen zu diesem Land, nicht nur war Deutschland neben der Türkei das

Vorbild der Reformjahre Amanullahs, nicht nur waren deutsche Ethnologen an Afghanistan hochinteressiert – es gibt da auch andere Projektionslinien, z.B. die ›arische‹ Verbundenheit mit den Afghanen, und die Erinnerung an die Fahrten zum ›schwarzen Afghan‹ auf dem Weg nach Indien in den Jahren um 1968. All dies hat ein orientalistisches, kaum empirisch gestütztes Bild eines sehr fremden Landes ergeben, das man am besten mit *Karl May*-Beschreibungen vergleicht. Und nun, da dort gekämpft wird, werden diese Bilder mit Phantasien über den Feind – z.B. die Taleban – und über den Zivilisationsbruch zwischen hier und dort angereichert. Das haben wir genau untersucht und können durchaus feststellen, dass die Vorstellungen des *Hier* die Friedenssicherung im *Dort* nicht gerade fördern (Al Ahmad / Zerrin et al. 2012; Aljets / Biegler et al. 2012; Herzog / Kobsda et al. 2012).

Konflikte in Nachkriegsgesellschaften zu regulieren, bedeutet nicht, dass man den Schalter von Krieg auf Frieden einfach umlegen kann. Befriedung kann es zunächst nur geben, wenn das Land von den Menschen, die dort leben, auch als das *ihre* anerkannt wird, und es dort über lokale Interessen hinaus ein Mindestmaß an gesamtgesellschaftlichem Eigentum gibt. Das wiederum setzt Teilhabe an den politischen Prozessen voraus, die nur auf der Grundlage von einigermaßen nachhaltiger Sicherheit, auf rechtsstaatlichen Verfahren und einer materiellen Besserstellung gegenüber früheren Zuständen funktionieren kann. Das alles braucht Zeit, und die ist ein wesentlicher Faktor im Friedensprozess. Im Begriff der *Afghan ownership* ist das zwar politisch auch von der deutschen Außenpolitik ange-dacht, aber zu kurzfristig, zu eng ausgelegt und vor allem zu konfliktscheu. Denn es ist klar, dass es immer Kräfte gibt, die ihre jetzigen Positionen – in der Patronage, in der Drogenökonomie oder auf dem Gewaltmarkt – nicht kampflos räumen wollen. Vieles von den Aufständen – einschließlich einiger Motive der Taleban und anderer Insurgenten – ist daraus und nicht nur aus fundamentalistischen oder religiösen Antrieben zu erklären. Das klingt einfach. Aber wenn wir von den lokalen *spoilern*, den Spielverderbern friedensorientierter Politik, absehen, dann agieren die Interventionsmächte, auch Deutschland, nicht konsistent. Ich habe einmal sehr verkürzt postuliert, dass wir aus den Fehlern der Intervention die richtigen Lektionen lernen können:

- Mehr Zeit wird es brauchen, bevor eine flächendeckende Stabilisierung eintreten kann. Traumata müssen abgebaut werden, die Ansätze zu dieser Stabilisierung müssen fehlerfreundlich und reversibel gestaltet werden: bestes Beispiel dafür ist die anstehende Revision der Verfassung;

- Da es kein Zurück in die Zeit vor 1976 geben kann, muss der soziale Wandel verbunden werden mit dem Selbsterfahrungsprozess der Afghanen über ihre eigene Gesellschaft. Zur Zeit stellen die Intervenierenden die relevanten Fragen und beantworten vor allem Fragen, die die Afghanen so nicht gestellt haben. Dazu gehört z.B. der Prozess der Wiederherstellung des Wissens, das zum Regieren und zur Gestaltung der Lebenswelt notwendig ist: soziale Strukturen der Vergangenheit sind obsolet geworden oder nur mehr Fassaden, aber die Alternativen sind oft nicht ohne Weiteres sichtbar.
- Also bedarf es der Bildung, und die wird zu oft auf *training* und solche Tätigkeiten reduziert, die der Markt ohnedies fördert. Aber es geht auch um ein Neuschaffen von Disziplinen, die im Land kaum verankert sind, nicht ausgebildet werden – forensische Pathologen, Zeithistoriker, Demographen, empirische Sozialforscher, Ethnologen, Bildungsforscher (Daxner / Schrade 2012).
- Die Angst, die eigene Wert- und Tugendbasis an westliche Normen und Praktiken zu verlieren, ist groß: vor allem aber deshalb, weil sich das Klischee ›westlich‹ eignet, um Ideologien und religiöse Fundamentalismen, auch ethnische Ressentiments und die Angst vor Umbrüchen im Zuge der Platzierung von Gewalt und Autorität zu instrumentalisieren. Diese Angst wird in den Individuen real, d.h. dann spielt es keine Rolle, ob sie ideologisch fundiert ist oder wirkliche Anlässe hat. Hier hilft nur vertrauensbildende Kooperation, ein Metadiskurs über kulturübergreifende Verständigung.
- Die kann nicht gelingen, solange die Intervenierenden ihre soziokulturelle Position hegemonial ausnützen. Das liberale *state building* hat sich in Afghanistan und anderswo gründlich desavouiert, aber daraus folgt auf dem afghanischen Feld ja noch keine Kooperation jenseits der Interessen internationaler Spieler. Die Stichworte für Deutschland müssen heißen: ›menschenrechtsgeleitete Außenpolitik‹ und ›Bereitstellung nachhaltiger Instrumente‹, mit denen die Afghanen Teile ihrer Probleme selbst lösen können. Der erforderliche Rest ist wohl Entwicklungszusammenarbeit auf hohem Niveau.

Ein Aspekt aber soll weiter ausgebaut werden. Unsinnige Sätze wie: »Es gibt keine militärische Lösung für Afghanistan« oder: »Die internationalen Sicherheitskräfte können dem Land keinen Frieden bringen«, haben sich in der Friedensbewegung und bei Diskussionen um den Einsatz der Bundeswehr hartnäckig gehalten. Solche Sätze sind unsinnig, weil es nirgendwo militärische Problemlösungen für gesellschaftliche Konflikte gibt. Selbst die

entschiedensten ›Falken‹ wissen, dass man mit Krieg bestenfalls die Voraussetzungen für Frieden, aber niemals diesen selbst schaffen kann.

Was manche in der Friedensbewegung in Bezug auf Afghanistan gemeint haben, war etwa: baut mehr Schulen, Krankenhäuser und Straßen, und setzt dafür kein Militär zur Herstellung von Ordnungsstrukturen her. Da muss man natürlich fragen, wie man Schulen vor denen beschützt, die sie abbrennen wollen; wie man Infrastruktureinrichtungen vor der Zerstörung bewahrt, die für Aufständische eine Verschiebung von Ressourcen zu ihren Gunsten bedeuten könnte; wie man sich der bewaffneten, sehr gewalttätigen Angriffe erwehrt, die von den militärisch geschulten Aufständischen – was übrigens nie für alle galt – gegen den Staat, gegen die Staatlichkeit des Gewaltmonopols oder einer die Rechte bewahrenden Justiz eingesetzt werden. Die Lektion hätte man schon im Kosovo lernen können. Wenn dieses Argument verhandelbar wäre, dann gäbe es noch ein anderes, größeres Problem: wenn die Modi der Kriegführung unter Anleitung der USA teilweise so gewählt wurden, dass sie keinen Erfolg haben konnten, weil sie z.T. von völlig falschen Trennlinien zwischen militanten Aufständischen und der Zivilbevölkerung ausgingen, dann liegt dem ein anderer Konflikt zugrunde: dass viele westliche Militärs den ›Schutz der eigenen Truppen‹ in einer Weise gewaltsam betreiben, die das Leben der ›Anderen‹, seien sie zivil oder aufständisch, gering achtet. Hier läge eine Aufgabe der Friedensbewegung, andere Formen der Gewaltreduzierung, auch – nicht nur, aber auch – mit Hilfe des Militärs zu studieren und zu verbreiten.

\*

Die Bundeswehr hat in Afghanistan einiges gelernt, aber noch nicht verarbeitet. Wenn sie zu einer professionellen Interventionsarmee umgebaut wird, was ja wohl geschieht, dann ist die erste Frage, unter welchen moralischen, pragmatischen und militärischen Prämissen dieser Umbau erfolgt. Dass im Westen schon längst keine unumschränkte nationale Souveränität, also auch von Deutschland, existiert, ist unbestritten: wir teilen viele Souveränitätsrechte mit der EU, den Eurostaaten, der NATO, bisweilen mit internationalen Gerichten und jedenfalls mit von uns mitgewollten Konventionen und Regeln des Völkerrechts. Im Fall des Afghanistaneinsatzes haben wir ganz und gar unselbstständig entschieden, daran teilzunehmen. Das schließt im Übrigen gute (und weniger gute) Gründe nicht aus. Aber militärisch sind wir noch immer ein ›Pudel der USA‹ und der NATO; wir arbeiten nicht engagiert genug an einer Übernahme von mehr Teilsouveränität durch die Vereinten Nationen, deren friedenserhaltende und -schaffende Kompetenz sehr viel größer wäre, wenn sie dazu die Mittel hätte. Das gilt in Maßen auch für die EU-Verteidigungspolitik. Aber

es ist klar, dass es wenig Fortschritt geben kann, wenn die menschenrechtsgelitete Außenpolitik sich nicht mit dem Militär und der allgemeinen Doktrin der *Versicherheitlichung* auseinandersetzen kann bzw. sich dort nicht durchsetzt.

Dass es der Sicherheit bedarf, um Zukunft zu planen, dass man Zukunft haben muss, um zwischen den privaten und öffentlichen Umständen unterscheiden zu können, ist anscheinend in Afghanistan kaum ein Thema der Interventionspolitik gewesen. Aber die Politik der *Versicherheitlichung* – (Ich habe diesen Begriff nicht erfunden, er stammt nicht aus der Soziologie, pardon) – unterscheidet nicht zwischen objektiven Tatbeständen und der *Wahrnehmung* von Sicherheit. Man kann das so übersetzen: Es wird noch auf Jahre hinaus Anschläge, Selbstmordattentate, Drohungen und Entführungen, auch lokale gewaltsame Auseinandersetzungen geben; dennoch kann es in der Bevölkerung die Wahrnehmung relativer und dauerhafter Zukunftssicherheit geben, ohne die eine lokale Stabilität der Gesellschaft nicht denkbar ist. Im afghanischen Fall gilt das für Dörfer und Distrikte, wobei dann das Verhältnis zum Zentralstaat ein Problem der Sicherheitspolitik ist: die lokalen Konstellationen unterscheiden sich sehr stark von den strategischen Zentralpositionen der Sicherheitskräfte. Dort wo es für die großen Städte gelten soll, muss man bedenken, dass die *Versicherheitlichung* die bestehenden Kräfte, Eliten und Patrone stützt, das Sicherheitsbedürfnis der sich wandelnden neuen gesellschaftlichen Strukturen – Mittelstand, Arme, Stadtrandbewohner und ungesicherte Existenzen etc. – aber nicht berücksichtigt. Das wiederum bedeutet Widerstand gegen die Eliten und eine weitere Herausforderung für Sicherheit und Rechtsstaat.

\*

Vergessen und Erinnern. Ich habe vieles von Afghanistan gesehen, das die meisten Deutschen nicht kennen können, weshalb sie auch keine Bilder und Erinnerungen erster Hand bearbeiten müssen. Für sie ist Afghanistan ein Land der Projektion, die erzeugt ist durch die Intervention, den Auslandseinsatz, vielleicht die Steuertransfers und eben durch die Imagination eines ›Dort‹ gegenüber dem Hier, dem Zuhause. Diese Projektion wird angereichert durch Einsatzrückkehrer, Veteranen (Daxner 2014) und Familienangehörige dieser Gruppen; auch spielen die vermehrten Berichte, *home stories*, Filme, TV-Serien (Senn 2008; Feldhoff / Huppert 2011) bis hin zum *Tatort* eine Rolle, in denen aktive, militärische und zivile, Rückkehrer berichten und die dünne journalistische Reportage ergänzen. Was gibt es zu erinnern? Dass ›wir‹ in einem langen Krieg waren? Dass wir im Nachhinein andere Rechtfertigungen und Kritik üben als in der vergangenen Echtzeit? Dass es normal ist, wenn Deutschland sich an solchen Krie-

gen beteiligt, weil ja seine weltpolitische Rolle und Verantwortung gewachsen ist, oder dass es gerade deshalb eine andere Politik machen müsste?

Solange das kollektive Gedächtnis nicht gefestigt und das kulturelle nicht aufnahmebereit ist, werden individuelle, meist stark subjektive Erinnerungen und Analysen mit der offiziellen Darstellung konkurrieren. Diese ist einerseits selbst Erinnerungskultur: das Denkmal für Soldaten im Wald des Einsatzführungskommandos, die massenhafte Literatur der Einsatzrückkehrer, die Veteranenklubs und -vereine, die Bilder vom Krieg, der noch keine Signatur hat (man kann sich den Krieg nicht vorstellen, wenn man nur die Bilder anderer Kriege, Stalingrad oder Vietnam vor Augen hat).

Andererseits ist es Verdrängungskultur, wenn (sehr selektiv) versucht wird, die Rechtfertigung für jedes der vielen, für die Einsätze erteilten Bundestagsmandate zu korrigieren oder neu zu interpretieren. Im Bilanzierungsdrang kommt allmählich etwas Selbstkritik auf, während die Zahl der Prognosen ja eher weniger geworden sind, was denn aus dem Krieg für die Afghanen zu folgern sei. Was für uns wichtig ist, liegt noch nicht auf der Ebene eines allgemeinen, breiten öffentlichen Diskurses. Wird der nicht geführt, schadet das uns, aber auch den Afghanen, die dann keinen Beitrag zur friedlichen Weiterentwicklung ihres Landes erwarten dürfen: es wird ein Entwicklungsland des globalen Südens wie jedes andere.

War da etwas?

- 
- 1 Dieser Begriff ist oft unübersetzt in das Vokabular der politischen Wissenschaften eingeführt, ich verwende später den ebenso unaussprechlichen Begriff »Versicherheitlichung«.
  - 2 Vgl. dazu die Forschungen der Projekte C1 und C9 des Sonderforschungsbereich 700 an der Freien Universität Berlin, an denen ich auch beteiligt bin: [www.sfb-governance.de/C9](http://www.sfb-governance.de/C9).

## Literatur

- Farisa Al Ahmad / Günes Zerrin u.a.: Wie der Westen auszog, Afghanistan zu zivilisieren – Legitimationsmuster des Afghanistaneinsatzes zwischen 2001 und 2010. In: Daxner / Neumann 2012, S. 167-199
- Janna Aljets / Alexander Biegler u.a.: Von »wilden Bergvölkern« und »islamistischen Bazillen« – Die Darstellung der Intervenierten in Afghanistan. In Daxner / Neumann 2012, S. 93-135
- Thomas Barfield: Afghanistan. A Cultural and Political History. Princeton 2012
- Michael Daxner: Wir erfinden Afghanistan. In: Kommune 28, Nr. 4 / 2010, S. 44-52
- Michael Daxner: Afghanistan Endgame – No Lessons Learned? In: Centre for Area Studies (FU Berlin), Working Paper Series 3. Berlin 2013, S. 36
- Michael Daxner: Veteranen. In: Wissenschaft und Frieden 32, Nr. 4 / 2014, S. 4
- Michael Daxner / Hannah Neumann (Hg.): Heimatdiskurs. Wie die Auslandseinsätze der Bundeswehr Deutschland verändern. Bielefeld 2012
- Michael Daxner / Urs Schrade: Higher Education in Afghanistan: Governance at Stake (Studie zur Hochschullandschaft in Afghanistan). Berlin 2012
- Rainer L. Glatz / Rolf Tophoven (Hg.): Am Hindukusch – und weiter? Bonn 2015



- Sven Hansen (Hg.): Die große Unruhe – Afghanistan und seine Nachbarn. Berlin 2015.
- Laura Mae Herzog / Christian Kobsda u.a.: Von friedlichen Aufbauhelfern und professionellen Kämpfern – Die Darstellung der SoldatInnen im Heimatdiskurs. In: Daxner / Neumann 2012, S. 137-164
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): Fortschrittsbericht Afghanistan. Berlin 2014
- Ahmed Rashid: Descent into Chaos. How the War Against Islamic Extremism Is Being Lost in Pakistan, Afghanistan and Central Asia. New York 2008
- Ahmed Rashid: Taliban. Afghanistans Gotteskämpfer und der neue Krieg am Hindukusch. München 2010
- Thomas Ruttig: How It All Began – A Short Look at the Pre-1979 Origins of Afghanistan's Conflicts. Occasional Papers. Kabul 2013
- Conrad Schetter: Kleine Geschichte Afghanistans. München 2004.
- An einem Tag in Kunduz – Der tödliche Befehl. Doku-Drama von Winfried Oelsner, Mathis Feldhoff, Andreas Huppert und Birgit Maiwald. Deutschland 2011. Erstsending im ZDF am 7.9.2011
- Willkommen zu Hause. Spielfilm von Andreas Senn. Deutschland 2008. Erstsending im ARD-Fernsehen am 2.2.2009